

# Weltchronik

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot**

Band (Jahr): **252 (1979)**

PDF erstellt am: **10.08.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Weltchronik

vom 1. Juni 1977 bis 31. Mai 1978

Wenn der Chronist auf die Berichtsperiode vom Sommer 1977 bis zum Sommer 1978 mit ihrer wie immer grossen Fülle von Ereignissen in aller Welt blickt und sich die Frage stellt, welches die Entwicklungen und Vorkommnisse von grösserer als nur Tagesbedeutung seien, dann bieten sich drei Themen wie von selbst an. Das erste dieser Themen ist die Auseinandersetzung zwischen dem Weltkommunismus einerseits und der nicht-kommunistischen Welt andererseits, mitinbegriffen die fortwirkenden grossen Spannungen zwischen den Zentren Moskau und Peking. Das zweite Thema, das im Berichtsjahr hervorragend ist, ist der Konflikt im Nahen Osten, der weiter andauert; aber er könnte eine spektakuläre Wendung anzeigen, wenn die neuesten Versuche, zu einem dauerhaften politischen und militärischen Kompromiss zu gelangen, nicht vorzeitig zum Scheitern gebracht werden. Das dritte Thema ist neueren Datums und erst in der Berichtsperiode zu seiner ganzen, auch internationalen Brisanz gelangt: die Aktionen von straff organisierten Terroristen-Banden sind nicht nur von chronischen politischen Konflikts- und Explosionsherden zu melden, sondern sie waren jetzt auch dramatische Höhepunkte im Innern mehrerer europäischer Staaten. An diese drei Hauptthemen reihen sich einige weitere Ereignisse auf der internationalen Bühne an, die es verdienen, festgehalten und in einen Zusammenhang gerückt zu werden. Dies vor allem dann, wenn sie Ansatzpunkte für zukünftige politische Entwicklungen von etwelcher Wichtigkeit erkennen lassen.

\* \* \*

Wenden wir uns zunächst dem ersten der genannten Hauptthemen zu, den *Beziehungen zwischen Ost und West*. Auch in der Berichtsperiode standen sich die beiden Weltmächte USA und Sowjet-Union mit einer bedrohlichen, noch immer wachsenden Militärmacht gegenüber; andererseits hat die von beiden Seiten bewusst betriebene Entspannungspolitik keineswegs ihr Ende

gefunden. Man ist sich einig, miteinander zu verhandeln und Handel zu treiben, die Kriegsgefahren in Grenzen zu halten und gegenseitige Abkommen zu schliessen. Aber die Entspannungspolitik hat, namentlich seit der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki, viel von ihrer Taufische verloren. Die Erwartungen, die allenfalls auf die Zeit nach Helsinki gesetzt worden sind, sind nur sehr teilweise in Erfüllung gegangen. Der Auftrieb, welchen die Kampagne für die Menschenrechte durch Helsinki einerseits und durch den amerikanischen Präsidenten Carter gerade im Innern der UdSSR und wichtiger Satellitenländer Osteuropas andererseits erhalten hat, wuchs sich zu einem Preis für die Führer der Sowjet-Union aus, den sie nicht mehr länger zu zahlen gewillt waren.

Die Menschenrechtsbewegung hat die kommunistischen Staaten in ideologischer Beziehung in die politische Defensive gedrängt. Die harten Massnahmen, die dort gegen die «Menschenrechtler» intern ergriffen worden sind, zeigen, dass die Grenzen der Toleranz gegen Andersdenkende auch unter Breschnew eng geblieben sind. Zwar ist kein Rückfall in die Brutalität des kommunistischen Regimes unter Stalin geschehen; aber die Unterdrückung, zu welcher erneut gegriffen wird, erweist sich als alles andere als menschlich; sie steht durchaus im Widerspruch zu den in Helsinki beschworenen Grundsätzen. Die Sowjet-Union hat mittlerweile ihr anfängliches Interesse an den Folgen der KSZE für die Herstellung normalisierter Verhältnisse auf dem ganzen europäischen Kontinent weitgehend verloren, ohne dass aber die Entspannungspolitik völlig zum alten Eisen geworfen worden wäre.

Den Testfall dafür bildete die Nachfolgekonferenz der KSZE in Belgrad. Sie hat zu gegenseitigen Vorhaltungen geführt, die aber aus diplomatischen Gründen nicht voll ausgeschlachtet worden sind; sie ist insofern ein Misserfolg gewesen, als über mündliche Bekräftigungen der KSZE-Prinzipien hinaus nichts Konkretes erreicht worden ist. Wenn der Misserfolg der Konferenz von Belgrad nicht total ist, so nur deshalb, weil die hauptsächlichsten Teilnehmer beim Auseinandergehen den Willen bekundet haben, sich in diesem Rahmen wieder zu treffen.

Die Militärmacht der Sowjet-Union ist in der Berichtsperiode weiter aufgebaut worden. Vor allem Bedenken erregt, dass die sogenannten konventionellen militärischen Kräfte russischerseits nicht nur insgesamt, sondern vor allem im europäischen Raum immer noch verstärkt werden. Es ist heute eine imponierende Übermacht aufseiten des Warschauer Pakts vorhanden, die lediglich durch eine noch technische Überlegenheit auf Seiten der NATO in Schach gehalten wird. Die Abschreckungswirkung der NATO ist zwar noch vorhanden; aber sie steht im Begriff geringer zu werden. Um die Abschreckung, vor allem gegen einen Angriff mit konventionellen Mitteln, wieder zu verstärken, hätte amerikanischerseits die neu entwickelte Neutronenbombe in Europa plaziert werden sollen. Diese neue Waffe hätte die Aussichten, in grosser Überzahl gegen Westen vorstossende Panzerkräfte des Warschauer Pakts schlagartig zum Stillstand zu bringen, verbessert. Die Sowjet-Union hat mit allen zu Gebote stehenden politischen und diplomatischen Mitteln versucht, diese Ausweitung der Vernichtungswaffen auf der Gegenseite zu verhindern. Sie war selbst aber nicht bereit, ihrerseits auf eine neue Generation von Raketengeschossen zu verzichten. Carter hat vorläufig eine Verschiebung der Produktion der Neutronenbombe angeordnet, ohne dass ersichtlich wäre, was als sowjetische Gegenleistung allenfalls in Aussicht steht. Tatsache ist, dass die Abrüstungsverhandlungen zwischen den beiden Weltmächten nicht vom Fleck kommen (SALT). Die



Willi Ritschard  
Bundespräsident für das Jahr 1978  
Photo Hansueli Trachsel, Bern

Welt steht möglicherweise unmittelbar vor einem neuen, spektakulären Wettrüsten!

\* \* \*

In der *Sowjet-Union* ist eine neue Staatsverfassung aus der Taufe gehoben worden, welche die

Funktion der kommunistischen Partei noch stärker betont. Aus undurchsichtigen Gründen ist Podgorny aus allen Ämtern entfernt worden. Als Staatspräsident amtiert seit dem 16. Juni 1977 nunmehr Leonid Breschnew, der auch das mächtige Amt des Generalsekretärs der Partei innehat. Dadurch ist praktisch wieder ein Ein-Mann-Regime hergestellt worden. Breschnew selber scheint nicht mehr von strotzender Gesundheit zu sein, musste er doch mehrmals bei Staatsrepräsentationen und Empfängen fehlen. – Im Verhältnis zu den kommunistischen Parteien in westlichen Ländern steht nicht alles zum besten. Vor allem in Italien und Spanien, aber auch im Ansatz in Frankreich geben sich unter der Etikette des «Eurokommunismus» Bestrebungen zu grösserer

Manövrierfreiheit gegenüber den Moskauer Parolen zu erkennen. Der Kreml befürchtet vor allem, dass der «Eurokommunismus», wenn er bei westlichen kommunistischen Parteien obenaufschwimmt, auch auf osteuropäische Satellitenstaaten ansteckend wirken und diese seiner Kontrolle entgleiten lassen könnte. Bis jetzt hat der Kreml mehr mit Stirnrunzeln und Warnungen reagiert als mit einem Versuch, die auflüpfenden Genossen im Westen wieder straff an die Leine zu nehmen. Hingegen wird im



*Ein historisches Ereignis*

Die Reise des ägyptischen Staatschefs Anwar as Sadat (links) zum israelischen Premierminister Menachem Begin nach Jerusalem bildete im November 1977 das politische Ereignis des Jahres, obschon die dazumal wohl voreilig zu hoch angesetzten Erwartungen sich bisher nicht erfüllt haben.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

Verhältnis zu den Satellitenstaaten nach wie vor keine Nachsicht geübt, wenn sie Miene machen, etwas aus der Reihe tanzen zu wollen. Einzig Rumänien vermochte sich der aussenpolitischen (und militärischen) Gleichschaltung bis jetzt noch mit etwelchem Erfolg zu entziehen.

\* \* \*

Besonders deutlich ist im vergangenen Jahr *Kuba* in die Streitmacht des Weltkommunismus stärker noch als zuvor integriert worden. Die beträchtlichen materiellen Unterstützungen, die Castro in der Vergangenheit – vor allem auf dem Energiesektor – seitens der Sowjet-Union und der kommunistischen Oststaaten Europas laufend bezogen hat, müssen offenbar durch eine Leistung ganz besonderer Art abgegolten werden. In Angola waren zum erstenmal kubanische Söldner (mit sowjetischen Waffen) militärisch eingesetzt worden; dieser Einsatz sollte im ver-

gangenen Jahr ein bedeutungsvolles Pendant erhalten. Trotz von der amerikanischen Regierung seinerzeit ausgesprochenen Warnungen sind erneut Kubaner auf dem afrikanischen Kontinent als Hilfstruppen und Instruktoren in Erscheinung getreten. Das Muster von russischer Rüstungshilfe, verbunden mit kubanischer Militärpräsenz an einem Brennpunkt des Geschehens, wiederholte sich in Äthiopien! Nachdem die Sowjet-Union im Ogaden-Streit von seinem ehemaligen Schützling Somalia unsanft ausgebootet worden war, setzte der Kreml auf das Regime Mengistu in Addis Abeba, um diesem als besonders wertvoll betrachteten neu-

en Bundesgenossen in Ostafrika die Rückgewinnung der von somalischen Freischärlern besetzten Südprovinz zu ermöglichen.

Im Augenblick ist es noch unklar, ob die Kubaner auch gegen die sich immer noch hinziehende Rebellion in der Provinz Erythräa eingesetzt werden. Kuba hat in einem früheren Stadium des gegen die abessinische Zentralregierung gerichteten Aufstands diesem seine moralische und materielle Unterstützung gegeben. Ein kubanisches Mitwirken bei der Liquidation der erythräischen Rebellion wäre ein klarer Fingerzeig für das Ausmass der Unterwerfung Castros unter den Willen Moskaus! Sicher ist, dass die äthiopische Militärregierung auch in diesem Vorhaben vom Kreml unterstützt wird. Äthiopien scheint ausersehen zu sein, zum wichtigsten Stützpunkt der Sowjet-Union in dieser Region zu werden.

\* \* \*

Der Gegenspieler *USA* hat sich angesichts dieser Entwicklung auffallend abwartend und passiv verhalten. Einmal mehr ist deutlich geworden, dass auch beim Ringen um strategische Positionen fernab von den Zentren der beiden Weltmächte sowohl die UdSSR wie auch die USA eine direkte militärische Konfrontation oder die Verwicklung in einen offenen Stellvertreter-Krieg verhindern möchten.

Was die Lage in den Vereinigten Staaten anbelangt, so hatte die Regierung Carter in der Berichtszeit einen bemerkenswerten Niedergang ihrer Popularität zu verzeichnen. Immer noch erhält die Innenpolitik durch Carter den Vorzug vor einer starken Aussenpolitik. Die Zerfallerscheinungen im Zusammenhang mit der verfahrenen Vietnam-Politik und die Vertrauenskrise der Regierung Nixon als Folge des Watergate-Skandals sind inzwischen so gut wie überwunden worden. Nach der vertrauensbildenden Politik Präsident Fords kann sich Carter vermehrt wichtigen Zukunftsaufgaben, vorerst vor allem im Innern der USA, zuwenden. Im Vordergrund stehen das Energieproblem und, damit in engem Zusammenhang, die missliche Lage der amerikanischen Handels- und Zahlungsbilanz.

Die steigenden Ölimporte der USA bereiten nicht nur wegen der immer grösseren Abhängigkeit von den Produzentländern grosse Sorgen. Sie belasten auch die Aussenhandelsbilanz stark. Sie sind ein Hauptgrund für die neue Talfahrt des Dollarkurses. Der Dollar ist im Winter 1977/78 auf einen Rekordtiefstand abgesunken. Die Dollar-Baisse zieht die Exporte einiger europäischer Länder – nicht zuletzt des un-

seren – und Japans in Mitleidenschaft, vermochte aber umgekehrt bis jetzt die Bilanzdefizite der USA nicht oder nur zum Teil zu korrigieren. Zeitweise war ein eigentlicher Zusammenbruch des internationalen Vertrauens in die amerikanische Leitwährung zu beobachten. Durch eine Reihe von Massnahmen ist es der Regierung Carter aber gelungen, ein weiteres Abfallen des Dollars aufzuhalten und ihn wieder auf ein etwas höheres Niveau ansteigen zu lassen.

Trotz relativ hoher Arbeitslosigkeit zeigt die amerikanische Wirtschaft keine stärkeren Krisenanzeichen. Die Inflationsrate bewegt sich in einer erträglichen Grössenordnung, und die Teuerung ist nicht, wie zeitweise befürchtet, auf Grund des Dollarschlamassels sprunghaft in die Höhe geschellt.

Die Schwierigkeiten und die schlechte Presse Carters sind zu einem guten Teil der unerfreulichen Erbschaft anzulasten, die er angetreten hat; sein Regierungsstil wirkte aber wegen allzu



*Schweizer Charter-Flugzeug bei Funchal (Madeira) ins Meer gestürzt*  
36 Passagiere verunglückten tödlich, während 21 Personen gerettet werden konnten. Unser Bild zeigt die Ankunft der Särgе der Verunfallten in Genf-Cointrin.  
Photopress-Bilderdienst, Zürich

vieler Zickzack-Bewegungen manchmal befremdend. Weil mehrmals die Prioritäten verändert werden mussten, wird ihm in Amerika heute vorgeworfen, dass er wichtige Wahlversprechen «verraten» habe. Es ist Carter aber in der Berichtsperiode gelungen, an eigentlichen Katastrophen vorbeizusteuern. Er hat vor allem bei seinem Energieprogramm Standhaftigkeit gegenüber einem wenig einsichtigen Kongress bewiesen. Seine Politik war besser als ihr Ruf.

Als wichtiger aussenpolitischer Erfolg kann der neue Vertrag über den Panama-Kanal betrachtet werden, der am 6. September 1977 unterzeichnet worden ist und einen latenten Konflikt-herd auf dem amerikanischen Kontinent entschärfen dürfte. Vorläufig unterbleibt eine Räumung des Panama-Kanals durch die USA. Ein völliger Rückzug ist aber mit der Republik Panama auf das Jahr 2000 vereinbart worden. Die USA verpflichten sich, die Neutralität des wichtigen Kanals, der die kürzeste Schifffahrtsverbindung zwischen der Pazifik- und Atlantikküste darstellt, zu respektieren und diesen Wasserweg gegen jede Bedrohung zu verteidigen. Carter vermochte die politischen Widerstände gegen diesen Vertrag zu überwinden.

Es fanden in der Berichtsperiode auch Annäherungen an Kuba statt, die aber wegen des afrikanischen Engagements Castros wieder steckenblieben. Die Beziehungen zu China sind stationär. Versuche der Chinesen, die USA in eine gemeinsame Politik gegenüber der Sowjet-Union hineinzuziehen, sind im Zeichen der fortgesetzten Entspannungspolitik trotz weltweiter strategischer Konfrontation nicht zum Ziel gekommen. Im pazifischen Raum ist das amerikanische Truppenengagement in Südkorea vermindert, die Rüstung der südkoreanischen Armee aber gleichzeitig verstärkt worden. Die USA haben versichert, dass sie zu ihren Verpflichtungen einer gemeinsamen Abwehr nordkoreanischer Aggressionsabsichten stehen wollen. Die Beziehungen zu Japan sind gut, mussten aber auf wirtschaftlicher Ebene einige Belastungen überwinden, namentlich weil die japanischen Exporte nach den USA die Handelsbilanz zu stark belasten und deshalb bei einigen Gütern reduziert werden sollen. Die Aussenverteidigung der USA

ist prinzipiell, mit Ausnahme von Korea, vom asiatischen Kontinent auf das Meer zurückgenommen worden. Im Verhältnis zu China bildet nach wie vor Taiwan, das von den Amerikanern militärisch nicht fallengelassen worden ist, einen Zankapfel; die chinesischen Ansprüche sind aber bis jetzt nur pro memoria angemeldet worden.

Das Engagement der USA in Europa hat keine Änderungen erfahren. Carter hat vielmehr die Bündnistreue der USA in der NATO bei mehreren Gelegenheiten betont. Amerika bildet das Rückgrat der NATO, namentlich in der Form der atomaren Abschreckung. Nach wie vor heikel sind allerdings die Verhältnisse an der Südostflanke der NATO. Wegen der immer noch ungelösten Zypern-Frage müssen die Amerikaner zwischen Griechen und Türken balancieren. Die Neuwahlen in Griechenland haben die Lage dank einem Wahlsieg Karamanlis' gestärkt; aber das gegen die Türkei erlassene Waffenausfuhrverbot nach der militärischen Intervention der Türkei in Zypern kompliziert und verschlechtert die Beziehungen zu diesem wichtigen NATO-Partner.

Die un stabile politische Lage in Italien bildet ebenfalls einen Grund zu Besorgnissen, während der Ausgang der Wahlen in Frankreich ein mögliches, weiteres Ausscheren dieses NATO-Partners wieder in die Ferne gerückt hat und stabilisierend wirkt. Die Normalisierung in Spanien mit einer Rückkehr zu Rechtsstaat und Demokratie unter Premierminister Suarez ist weiter vorangeschritten. Spaniens «Mauserung» erstaunt in ihrer Zielstrebigkeit und in der unerwarteten Mässigung der politischen Gegensätze allenthalben. Portugal war vor allem mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten belastet. Einige der Exzesse der portugiesischen Revolution gegen das autoritäre Regime Salazar/Caetano sind abgebaut worden. Es mehrten sich die Anzeichen, dass sich die portugiesischen Inseln im Atlantik vom Mutterland lösen möchten. Auch auf den zu Spanien gehörenden Kanarischen Inseln sind Befreiungsbewegungen am Werk, die aber im Gegensatz zu den Umtrieben auf den Azoren linksgerichtet sind.

\* \* \*

Kein gutes Jahr haben die sozialdemokratischen Regierungen in einigen europäischen Demokratien gehabt. Während in Schweden die Sozialdemokraten durch eine bürgerliche Mehrheit unter Fälldin abgelöst worden sind, verfehlten die bürgerlichen Parteien in Norwegen in den Wahlen vom September 1977 nur noch knapp einen Sieg. Auf die bedeutungsvolle Niederlage der vereinigten Linken in Frankreich ist bereits hingewiesen worden. Aber auch in Grossbritannien gibt es Anzeichen dafür, dass die locker mit den Liberalen verbundene Labour-Regierung Callaghan gefährdet ist; sie hat in Nachwahlen (für freigewordene Parlamentssitze) Mühe. Die Regierung Callaghan darf aber für sich, namentlich wegen der wirtschaftlich für Grossbritannien gewichtig werdenden Ölausbeute in der Nordsee und dank einer vernünftigeren Ausgabenpolitik, Lorbeeren in Anspruch nehmen. Callaghan hat auch in der Verpflichtung der Gewerkschaften auf Mässigung bei Lohnforderungen eine im allgemeinen glückliche Hand gehabt. Ein eigentlicher Aufschwung der britischen Wirtschaft ist aber noch nicht in Sicht gekommen. Die Inflations- und Teuerungsrate ist gesunken. Die Lage in Nord-Irland ist noch weit davon entfernt, saniert zu sein; aber es ist ein bemerkenswerter Rückgang der Gewalttätigkeit festzustellen. Die Politik der Regionalisierung Schottlands hat Fortschritte gemacht. Königin Elisabeth konnte das 25. Jubiläum ihrer Thronbesteigung und ihrer Krönung begehen.

\* \* \*



*Italienischer Spitzenpolitiker entführt und später ermordet*

Aldo Moro, der Führer der Christdemokratischen Partei Italiens, wurde am 16. März in Rom entführt und – nachdem die Regierung auf die Forderungen der Entführer nicht eingegangen war – am 9. Mai ermordet. Beim brutalen Überfall kamen fünf Leibwächter Moros ums Leben. Unser Bild zeigt die Stätte des Überfalls in Rom.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

Ein Brennpunkt des internationalen Geschehens ist weiterhin der südliche Teil des Schwarzen Kontinents. Einerseits hat die Verselbständigung des Protektorats von Südwest-Afrika (Namibia) grosse Fortschritte gemacht, und in Rhodesien ist intern eine Regelung zwischen Ian Smith und den gemässigten Schwarzen mit der Bildung einer gemischten Übergangsregierung erfolgt; aber andererseits sind die Kräfte, die auf eine radikale Konfrontation hintendieren, aktiv geblieben. Diese Konfrontation wird von der Sowjet-Union unterstützt. Die politisch-militärische Front nähert sich rasch den Grenzen der Republik Südafrika. Innerhalb Südafrikas zeigt die Regierung Vorster eine harte Hand gegen alle Unruhestifter und deren Kampforganisationen; aber von der Weltöffentlichkeit wenig beachtet, gab es Anzeichen, dass die Apartheid-Politik in kleinen Schritten langsam gelockert wird. Der äussere Druck auf Südafrika hat sich aber dennoch verstärkt.

Aus Angola ist eine Guerilla-Tätigkeit gemeldet worden, die sich gegen die sowjetfreundliche Regierung Neto, vor allem aber gegen die immer noch anwesenden Kubaner richtet. Die Benguela-Eisenbahn, die für den Abtransport des in Shaba (Katanga) und in Sambia gewonnenen Kupfers wichtig ist, war immer noch unterbrochen. Das ist vor allem für das mit immer grösseren wirtschaftlichen Schwierigkeiten belastete Zaire (ehemals Kongo) von grossem Nachteil. Im Innern von Zaire mehren sich politische Auflösungserscheinungen. Es fällt Präsident Mobutu schwer, die auseinanderstrebenden Stämme mit einem gemeinsamen Staatsbewusstsein zu erfüllen. Als Folge der sich verstärkenden Wirtschaftskrise nimmt die Korruption überhand, und die Loyalität gegenüber der Zentralregierung schwindet. Im Mai 1978 ist in der südlichen Provinz Shaba (ehemals Katanga) erneut eine Rebellion ausgebrochen, die – wie im Frühjahr 1977 – von ehemaligen Gendarmen Tschom-

bés angeführt und unterstützt sein soll. Die Infiltration ist diesmal aus Sambia erfolgt. Das politische Schicksal Zaires ist von weltpolitischem Interesse aus strategischen Gründen, nicht zuletzt wegen der immensen Bodenschätze, die in der wieder umstrittenen südlichsten Provinz (Shaba/Katanga) konzentriert sind.

\* \* \*

Was ist von der europäischen Integrationsbewegung mit ihren diversen, inzwischen institutionalisierten Organen zu berichten? Das wichtigste Ereignis des Jahres dürfte in der Europäischen Gemeinschaft (EG) im vollständigen Abbau der Zölle zwischen allen EWG-Ländern und den sieben EFTA-Staaten zu erblicken sein. Seit dem 1. Juli 1977 herrscht in Europa ein fest umrissenes Freihandelssystem zwischen insgesamt 16 Staaten. Im Anschluss an die effektive Erreichung dieser wichtigen Wegmarke im langfristi-

gen Prozess der europäischen Integration fand in Wien ein Gipfeltreffen der EFTA-Länder statt, dessen Thema die Ausweitung des Freihandels auf heute noch nicht von der Freizügigkeit erfasste Bereiche war.

Was die beabsichtigten Direktwahlen ins EG-Parlament betrifft, die das europäische Parlament zu einer auf Volkswahl beruhenden Repräsentation der europäischen Staaten machen sollen, so hat es durch ein Zaudern Grossbritanniens eine Verzögerung des Fahrplans gegeben. Es konnte schliesslich eine Vereinbarung getroffen werden, wonach im Juni 1979 solche Direktwahlen in den 9 EG-Staaten gemeinsam stattfinden sollen. Das europäische



*Staatsbesuch von Bundespräsident Scheel in der Schweiz*

Der hohe Gast aus der Bundesrepublik Deutschland wurde am Flugplatz Bern-Belpmoos von Bundespräsident Kurt Furgler empfangen. Starke Sicherheitsvorkehrungen der Polizei kennzeichneten die Besuchstage in Bern.

Photo Walter Nydegger, Bern



Parlament hat nach wie vor keine eigene übernationale Gesetzgebungskompetenz; es kann weiterhin nur Fragen von weitreichender, über die Grenzen der einzelnen Staaten hinausgehender Bedeutung debattieren und über völkerrechtliche Konventionen eine Wirksamkeit entfalten.

Der Europarat in Strassburg, dem auch die Schweiz angehört, hat im vergangenen Jahr durch die Aufnahme Spaniens ein zwanzigstes Mitglied erhalten. Alle 20 Länder im Europarat haben eine Antiterror-Konvention abgeschlossen, deren Kern die Verpflichtung aller Vertragsstaaten ist, dass inskünftig von der Polizei eines Staates gefasste Terroristen nicht mehr als unerwünschte Elemente über die Grenze abgeschoben, sondern für ihre Delikte bestraft werden sollen.

\* \* \*

Das zweite Hauptthema in der Berichtsperiode bildete der Konfliktherd im *Nahen und Mittleren Osten*. Das Hauptereignis an diesem weltpolitischen Brennpunkt war der spektakuläre Versuch des ägyptischen Präsidenten Sadat, mit Israel in direkte Verhandlungen zu treten, um aus der politisch-militärischen Sackgasse, wie sie sich über die letzten Jahrzehnte entwickelt hat, herauszukommen. Sein von den Amerikanern deutlich und von den gemässigten Araberstaaten indirekt unterstützter Versuch soll eine dauerhafte Friedensregelung zwischen Israel und allen seinen Nachbarn herbeiführen. Nach der diesbezüglichen Erklärung Sadats am 9. Dezember 1977 erfolgte eine Einladung an ihn, nach Jerusalem zu kommen. Dieser denkwürdige Besuch



*Der neue Gesamtbundesrat vor einer Sitzung*

Von links nach rechts Bundespräsident Ritschard, die Bundesräte Gnägi und Hürliemann, die neugewählten Bundesräte Honegger und Aubert sowie die Bundesräte Furgler und Chevallaz im Von-Wattenwyl-Haus in Bern.

Photo Hansueli Trachsel, Bern

fand schon am 19. Dezember statt. In einer Rede vor dem israelischen Parlament offerierte Sadat mit bemerkenswertem Mut Frieden und Zusammenarbeit, allerdings unter der Bedingung, dass sich Israel aus sämtlichen besetzten Gebieten zurückziehe und zur Gründung eines Palästinenser-Staats Hand reiche. Gegen diese Friedensofferte wandten sich die radikaleren Araberstaaten mit einer offenen Kampfansage an Sadat, allen voran Libyen mit Ghadhafi.

Die grossen Erwartungen sind noch nicht in Erfüllung gegangen. Direkte Verhandlungen, in deren Gefolge eine israelische Delegation offiziell in Ägypten empfangen worden ist, blieben stecken. Israel ist aus Sicherheitsüberlegungen nach wie vor nicht bereit, als Vorfeld besetzte arabische Gebiete zu räumen. Provokativ wurde die israelische Besiedlung in Sinai und Cisjordanien fortgesetzt; nach einem Guerilla-Überfall auf der Strasse nach Tel Aviv wurde das libanesische Gebiet südlich des Flusses Litani von Israel vorübergehend in Besitz genommen, um die

Guerilla-Basen der Palästinenser in Grenznähe zu beseitigen. Es bedurfte einer Intervention der Vereinten Nationen mit UNO-Kontingenten, um Israel zum Rückzug zu bewegen. Den diplomatischen Bemühungen der USA, den israelischen Ministerpräsidenten Begin zu weiteren Gesten des Entgegenkommens zu bewegen, war kein Erfolg beschieden. Ein Besuch Begins bei Carter zeigte eher eine Verhärtung der offiziellen Haltung Israels und eine gewisse Entfremdung zwischen Israel und seinem mächtigen bisherigen Protektor.

Der Umstand, dass im Frühjahr 1978 die Amerikaner zwar Israel neue Kampfflugzeuge zugesichert haben, gleichzeitig aber Flugzeuge auch an Ägypten und Saudi-Arabien liefern, lässt die inzwischen veränderte und differenzierte Haltung der USA im Nahost-Konflikt an den Tag treten. Washington gibt die Politik der ausschliesslichen Unterstützung seines Schützlings Israel auf und geht zu einer unparteiischen Unterstützung Israels und der gemässigten Araberstaaten über, während die Sowjet-Union weiterhin das Lager der radikalen Araber unterstützt. Sadat hat sich von der Sturheit der Regierung Begin nicht beirren lassen und trotz israelischer Provokationen und des Zerwürfnisses mit den radikalen Arabern seine politische Haltung bekräftigt. Der wiederauflebende Terrorismus der radikalen Gruppen der Palästinenser wird von Sadat entschlossen bekämpft. Die Haltung des gemässigten Teils der Palästinenser ist noch unklar. Syrien unter Assad verhält sich trotz offizieller Einreihung unter die radikalen Araberstaaten abwartend. Bezeichnend für die syrische Haltung ist, dass syrische Truppen beim Einmarsch in den Libanon den Litani-Fluss nicht überschritten hatten und auch beim israelischen Übergriff in Süd-Libanon Gewehr bei Fuss gestanden sind. König Hussein hat seine Bereitschaft erklärt, auf die Wiedergewinnung Cisjordanien zu verzichten und an deren Stelle einen Palästinenserstaat westlich des Jordan zu akzeptieren.

Im Mittleren Osten ist das hervorsteckende Ereignis der erfolgreiche Militärputsch in Afghanistan, der prokommunistische Exponenten an die Macht gebracht hat und die strategische Lage mit einem Schlag zugunsten der UdSSR verän-

dern dürfte. Ein Blick auf die Karte zeigt, dass eine Ausdehnung des sowjetischen Einflussbereichs nach Süden einen Keil zwischen Iran und Pakistan vortreibt und den Kreml in Reichweite des Indischen Ozeans bringt, wo die sowjetische Flotte bereits mit einer Anzahl von Marinebasen präsent ist. Afghanistan als eventuelles Aufmarschgebiet ist für Persien und Pakistan bedrohlich. Intern laboriert Pakistan immer noch an den Folgen der Entmachtung des selbstherrlichen Ministerpräsidenten Bhutto. In Persien gab es zunehmende wirtschaftliche Wachstumsschwierigkeiten mit starker Inflation und Versorgungsengpässen. Es ist auch eine Reihe von Unruhen auf im Vordergrund religiöser Grundlage zu erwähnen. Der Schah sah sich gezwungen, das forsche Entwicklungstempo trotz reichlich fließender Öl-Einnahmen zu drosseln. Die Verstärkung der Militärmacht Irans, die sich mit modernsten Waffensystemen versorgt, schreitet fort.

\* \* \*

Im *Fernen Osten* zeigt sich eine Stabilisierung des Regimes des Mao-Nachfolgers Hua Kuofeng in der Volksrepublik China. Hua hat im Frühjahr 1978 zum erstenmal einen Staatsbesuch im Ausland absolviert; und zwar in Nordkorea, wo er Zusicherungen für eine Wiedervereinigung von Korea abgegeben hat. Beobachter dieser Szenerie halten diese Geste indessen nicht für eine Ermutigung zu neuen Abenteuern am 38. Breitengrad; sie sehen darin vielmehr eine Konterung des nach wie vor grossen sowjetischen Einflusses in diesem Nachbarland Chinas. Ein im fast gleichen Zeitpunkt durch Präsident Carters Sicherheitsberater Brzezinski in Peking erfolgter Besuch verlief denn auch ohne Miss-töne. Die chinesische Führung setzt ihren düsteren Prophezeiungen, dass es bald zu einem Krieg mit der Sowjet-Union komme, neuerdings einen Dämpfer auf. Die mit der Sowjet-Union wieder aufgenommenen Gespräche über die Grenzstreitigkeiten (und den Grenzverlauf) zwischen China und der Sowjet-Union haben sich ergebnislos in die Länge gezogen; am Ussuri-Fluss ist es neuerdings zu schwereren Zwischenfällen gekommen.

Erwähnenswert ist im südostasiatischen Raum eine sich immer deutlicher herausbildende Gegnerschaft zwischen Vietnam und Kambodscha, die im Berichtsjahr in den Grenzgebieten zu Scharmützeln geführt hat. Die Republik der Khmer (Kambodscha) schliesst sich immer noch hermetisch gegenüber der Aussenwelt ab und führt mit brutaler Entschlossenheit ihr Programm einer totalen Umwälzung der überkommenen gesellschaftlichen Struktur unter bewusster Rückkehr zu einer Naturalwirtschaft durch. Auch in Vietnam ist der Handel den letzten überlebenden Kleinhändlern entwunden worden, wodurch besonders die chinesische Minderheit ihrer Existenzbasis beraubt worden ist.

\* \* \*

Das dritte Hauptthema geben Akte des ultralinken *Terrorismus* ab. Die neue Welle von Terrorakten, die die Bundesrepublik Deutschland und Italien heimgesucht hat, wird einer jüngeren Generation von Anhängern der Vorstellung zur Last gelegt, wonach die bestehende Gesellschaftsordnung im Westen durch unbegrenzten Terror in die Knie gezwungen und durch eine «gerechtere» anarchokommunistische Gesellschaftsordnung ersetzt werden müsse.

Am 30. Juli 1977 ist der Vorsitzende des Vorstandes der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, in seiner Wohnung bei Frankfurt ermordet worden. Am 5. September 1977 wurde der Präsident der deutschen Arbeitgeberverbände der Industrie, Hanns-Martin Schleyer, von Terroristen auf offener Strasse als Geisel entführt, wobei drei Sicherheitsbeamte und Schleyers Chauffeur ermordet wurden. Mit der Geiselnahme Schleyers sollten die zu lebenslänglicher Haft verurteilten Baader-Meinhof-Leute «freigepresst» werden. Am 13. Oktober wurde, mit derselben Zwecksetzung, von vier Terroristen in Mallorca eine Luft-hansa-Maschine nach dem Start gekapert und schliesslich nach Mogadischu (Somalia) entführt. Der Flugkapitän wurde von den Terroristen auf dem Flug erschossen. Am 18. Oktober wurden die 86 Geiseln im gekaperten Flugzeug in Mogadischu durch eine heimlich eingeflogene



*Nationalratspräsidentin Elisabeth Blunschy*  
Für ein halbes Jahr hatte erstmals eine Frau das höchste Amt  
des Landes inne.  
Photopress-Bilderdienst, Zürich

Sondertruppe des deutschen Grenzschutzes mit einem Handstreich befreit; drei der Flugzeugentführer wurden getötet, eine Terroristin wurde verwundet. Kurz nach Bekanntwerden der erfolgreichen Befreiung der Geiseln begingen die deutschen Terroristen Baader, Ensslin und Raspe in ihren Zellen Selbstmord. Am nächstfolgenden Tag wurde die Leiche Schleyers im elsässischen Mülhausen aufgefunden.

Nach dem gleichen Schema gingen italienische Terroristen am 16. März 1978 in Rom gegen den ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten und Präsidenten der «Democrazia Cristiana», Aldo Moro, vor. Auch Moro wurde am helllichten Tag auf offener Strasse aus seinem Wagen



*Neuer Ausbildungschef der Armee*  
 Korpskommandant Hans Wildbolz wurde vom Bundesrat  
 zum neuen Ausbildungschef der Armee ernannt.  
 Photopress-Bilderdienst, Zürich

entführt, wobei kaltblütig fünf Polizisten in Moros Begleitung ermordet wurden. Auch hier ging es um die Freipressung von in die Hände der Justiz gelangten anderen Terroristen. Wie die Behörden der Bundesrepublik im Fall Schleyer blieben aber auch die italienischen Behörden fest. Moro wurde nach 55 Tagen Gefangenschaft ermordet, seine Leiche im Kofferraum eines Autos mitten in Rom deponiert. Er war in einem «Gerichtsverfahren» von den «Roten Brigaden» «zum Tode verurteilt» worden. Briefe Moros, unter Druck verfasst, wurden den Angehörigen, den Behörden und der Presse zugespielt. Darin flehte der Gefangene um Nachgeben und um sein Leben; dies sollte das grosse Ansehen Moros zer-

stören. Ungeklärt ist noch die Frage, ob Moro auch zur Preisgabe von wichtigen militärischen und strategischen Geheimnissen gezwungen worden ist.

In den beiden spektakulärsten Fällen des Jahres sind Verbindungslinien des Terroristennetzes im Dreieck Rom–Amsterdam–München festgestellt worden, die auch nach der südlichen und östlichen Seite des Mittelmeeres führen. Eine grössere Anzahl von aktiven Terroristen in Europa ist in eigentlichen Terroristen-Schulen ausgebildet worden, die für politische Guerilla-Tätigkeiten in jenen Regionen unterhalten werden. Fest steht heute, dass es sich nicht um spontane oder von kleinen Gruppen unabhängig voneinander geplante Aktionen handelt. Der «Feldzug des Terrors» wird vielmehr von einer Zentrale mit politischer Zielsetzung geleitet und von den Ausführenden mit militärischer Disziplin und erschreckender Kaltblütigkeit durchexerziert. Im Hinblick darauf wird neuerdings die Abwehr des Terrorismus in allen gefährdeten Ländern besser organisiert; es werden die erkennungsdienstlichen Informationen, die Sicherheitsvorkehrungen und die Polizeiaktionen vermehrt international koordiniert.

\* \* \*

Wenden wir uns nun den Ereignissen in der Schweiz zu. Immer noch stand im Zentrum der politischen Bemühungen das Problem der Bundesfinanzen, die angesichts zunehmender Verschuldung des Bundes dringend saniert werden sollten. Am 12. Juni 1977 fand eine denkwürdige Abstimmung über das sogenannte Finanzpaket statt, das die Warenumsatzsteuer durch eine Mehrwertsteuer hätte ersetzen und eine Änderung der direkten Bundessteuer (Wehrsteuer) hätte bringen sollen. Alle vier «Bundesratsparteien» schlugen sich mit grossem Einsatz dafür in die Schanze; aber Volk und Stände lehnten die Vorlage dennoch deutlich ab. Hingegen fand der gleichzeitig zur Abstimmung gelangende Bundesbeschluss über die formelle Steuerharmonisierung Annahme. Das Scherbengericht über das Finanzpaket war ein schlechtes Omen. Zwar

wurden am 4. Dezember verschiedene, in einem «Sparpaket» vereinigte Sparmassnahmen vom Souverän bewilligt; und ein Versuch, ein zweites Finanzpaket, in welchem eine auf 8% ermässigte Mehrwertsteuer figuriert, wurde vom Ständerat im April 1978 genehmigt. Aber bei diesem neuen Versuch scherten die Sozialdemokraten plötzlich aus! Es setzte ein Seilziehen ein, das den Zusammenhalt der langjährigen Viererkoalition in der Regierung strapaziert. Im Zeitpunkt, da diese Chronik abgeschlossen wird, ist es noch ungewiss, ob im laufenden und im nächsten Jahr ein Ersatz für das vom Volk verworfene Finanzpaket zustande kommen wird, auf welchen sich die vier Parteien einigen können. Ohne eine solche Einigung wird einem solchen Versuch in einer Volksabstimmung allgemein keine Chance eingeräumt.

Am 17. Juni 1977 wurde Brigadier Jeanmaire von einem Divisionsgericht in Lausanne wegen fortgesetzter Verletzung militärischer Geheimnisse zur harten Strafe von 18 Jahren Zuchthaus verurteilt. Jeanmaires Spionagetätigkeit zugunsten der Sowjetunion hatte sich über die lange Periode von 1962 bis 1975 erstreckt. Seine Frau wurde im gleichen Prozess freigesprochen. Der Verurteilte drang mit einer Kassationsbeschwerde gegen dieses Urteil nicht durch, wurde degradiert, aus der Armee ausgeschlossen und muss seine Strafe absitzen. Mit den Weiterungen des Falles Jeanmaire befasste sich nachher eine parlamentarische Arbeitsgruppe, die insbesondere die Hintergründe der recht sonderbaren Karriere Jeanmaires abklärte und die Beförderungspraxis in der Armee allgemein unter die Lupe

nahm. Deren Ergebnisse sind am 27. Oktober 1977 bekanntgegeben worden; die Untersuchung hat stossende Einzelheiten über die frühere Beförderungspraxis an den Tag gebracht, aber ein Versagen der schweizerischen Spionageabwehr ist nicht zum Vorschein gekommen. Die Beförderungspraxis war übrigens schon bald nach Amtsantritt von Bundesrat Gnägi im EMD von diesem beanstandet und abgeändert worden. Die schlimmsten Mängel sind also schon lange vor dem Platzen des Falles Jeanmaire nicht mehr vorhanden gewesen.

\* \* \*

Die in vielen westlichen Ländern zu beobachtende Radikalisierung der Gegnerschaft gegen die Atomkraftwerke hat stärker auf die Schweiz übergegriffen. Am 25. Juni 1977 kam es auf dem Gelände des Kernkraftwerks Gösgen zu ziemlich schweren Ausschreitungen. Am 23. August



*Winzerfest in Vevey 1977*

Nur alle 25 Jahre kommt dieses grösste der Winzerfeste unseres Landes zur Durchführung. Erneut war dem Fest ein grosser Erfolg beschieden. Unser Bild zeigt einen Überblick auf eine der Aufführungen des Festspiels.  
Photopress-Bilderdienst, Zürich

haben Kernkraftwerkgegner eine Petition mit 93000 Unterschriften zugunsten eines Baustopps von Kernkraftwerken in Bern eingereicht. Das Parlament befasste sich im Berichtsjahr mit einer Teilrevision des Atomgesetzes, um das Verfahren für die Bewilligung von Atomkraftwerken abzuändern und zu verschärfen und die Mitwirkung des Bundes bei der Beseitigung der Abfälle zu regeln. Der vorberatenden Kommission ist es gelungen, eine weitgehende Übereinstimmung der Meinungen herbeizuführen. Die Revision soll neu einen Bedürfnisnachweis, die Zuständigkeit des Bundesrats für die Rahmenbewilligungen und ein Vetorecht des Parlaments bringen. Diese Punkte gingen anstandslos durch den Nationalrat, während die Behandlung der Vorlage im Ständerat noch aussteht. Die sogenannte Atominitiative wurde vom Nationalrat zur Verwerfung empfohlen; die Teilrevision bildet eine Art von Gegenvorschlag gegen die Initiative. Zu vermerken ist noch, dass die Sozialdemokraten an ihrem Parteitag in Basel am 21. Mai 1978 sich für die Atominitiative und für einen vorübergehenden Baustopp gemäss einer noch vor dem Parlament hängigen Einzelinitiative ausgesprochen haben. Damit wurde Bundespräsident Ritschard als Chef des EVED sowie der sozialdemokratische Präsident der vorberatenden Kommission, Nationalrat Reiniger, von der eigenen Partei desavouiert.

\* \* \*

Kehren wir noch einmal zurück zu finanziellen Fragen: Für 1976 hat die AHV ein Defizit von 191 Mio. ausgewiesen. Die finanziellen Grundlagen sind auf dem Weg der Sanierung vorangekommen. Auch die PTT sind über ihre Schuldenwirtschaft im laufenden Jahr hinweggekommen. Sie konnten einen Rekordgewinn ausweisen, haben alle aufgelaufenen Schulden abgetragen und darüber hinaus sogar noch Reserven anlegen können. Nicht so erfreulich ist die Finanzlage der Bundesbahnen. Diese haben nämlich wiederum enorme Defizite eingefahren, welche die Bundeskasse mit gegen 700 Mio. belasten. Die Betriebsergebnisse sind immerhin in Übereinstimmung

mit der leicht verbesserten Wirtschaftslage etwas weniger ungünstig als zuvor ausgefallen. Aber die roten Zahlen der SBB sind strukturbedingt und nur zu einem geringeren Teil durch die Rezession verursacht; sie sind deshalb von Dauer, wenn nicht eine grundlegende Sanierung erfolgt.

Dies bestätigen auch die Erkenntnisse der Kommission für die Gesamtverkehrskonzeption, die nun im Frühjahr 1978, mehr als um ein Jahr verspätet, ihren Schlussbericht vorgelegt hat. Neben betrieblichen Umstellungen und besseren Abgeltungen durch den Bund sowie einem Ausbau der Bahn-Transversalen von Ost nach West und der Zubringerstrecke Basel–Olten nach der Lötschberg–Simplon-Linie wird von ihr einer dem allgemeinen Konsum aufzubürenden Verkehrssteuer das Wort geredet. Jeder Verkehrsträger soll sich selbst erhalten und je über einen besonderen Fonds finanziert werden. Damit kann ein unfruchtbarer «Heiliger Krieg» zwischen Schiene und Strasse vermieden werden.

Was die allgemeinen Bundesfinanzen betrifft, so hat die Jahresrechnung 1977 um 300 Mio. besser als budgetiert abgeschlossen; aber ein Defizit in der Grössenordnung von 1 ½ Milliarden erscheint als untragbar und macht weitere Massnahmen dringend. Bundesrat Chevallaz warnte erneut vor einem ständigen Anwachsen der Schuldenlast des Bundes; in «normalen Zeiten» sollte ein ausgeglichener Bundeshaushalt möglich sein.

\* \* \*

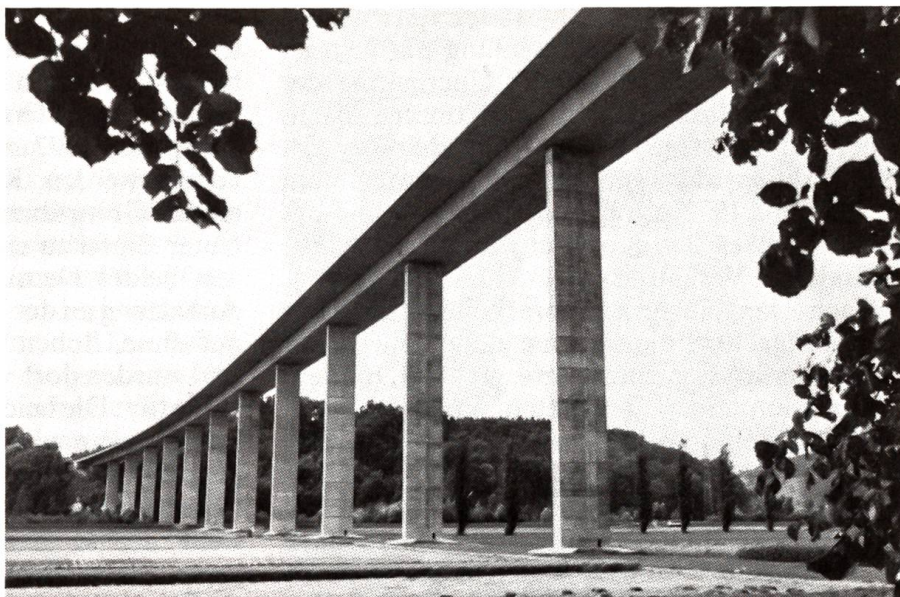
Im Herbst 1977 haben die Bundesräte Brugger und Graber überraschend auf Ende Februar 1978 ihren Rücktritt erklärt. In der Dezember-session sind an ihrer Stelle die Ständeräte Honegger (freis., Zürich) und Aubert (soz., Neuchâtel) ehrenvoll in den Bundesrat gewählt worden. Seit anfangs März sind die beiden neuen Mitglieder der Landesregierung im Amt. Bundesrat Ritschard ist mit ungewöhnlich hoher Stimmenzahl von der Vereinigten Bundesversammlung für 1978 zum Bundespräsidenten gewählt worden; Vizepräsident wurde Bundesrat Hürlimann. Es gab auch neue Nominationen in der Armee:

Korpskommandant Wildbolz wurde neuer Ausbildungschef anstelle von Korpskommandant Lattion. Divisionär Zumstein wurde Korpskommandant, und die Obersten Butty, Lüthy und Montfort sind zu Divisionären befördert worden.

\* \* \*

Ausser der bereits erwähnten Volksabstimmung vom 12. Juni 1977 fanden im vergangenen Jahr noch weitere eidgenössische Urnengänge statt. Am 25. September 1977 hat der Souverän der Erhöhung der Unterschriftenzahlen bei Initiative und Referendum auf 100 000 bzw. 50 000 zugestimmt. Die neuen Unterschriftenzahlen gelten seit dem 27. Dezember 1977. Die Fristenlösungsinitiative, die Initiative für einen wirksamen Mieterschutz sowie auch ein Gegenvorschlag des Parlaments zu diesem letzteren Volksbegehren wurden im gleichen Urnengang verworfen.

Auch am 4. Dezember 1977 fand ein mehrfacher Urnengang statt. Bei dieser Gelegenheit ist die Einführung eines zivilen Ersatzdienstes mit überraschend hohem Mehr abgelehnt worden. Damit bleibt die allgemeine Militärdienstpflicht in der Schweiz bestehen. Am gleichen Wochenende hat der Souverän das neue Gesetz über die politischen Rechte und das bereits erwähnte Sparpaket angenommen, während die Initiative der SPS auf Einführung einer sogenannten Reichtumssteuer eine Abfuhr erlebte. Am 25./26. Februar wurde der 9. AHV-Revision und im zweiten Anlauf einem neuen Konjunkturartikel zugestimmt. Ein Volksbegehren auf Senkung des Rentenalters sowie eine Initiative zur «Demokratisierung des Nationalstrassenbaus» wurden wuchtig verworfen.



*Die neue Saanebrücke der Nationalstrasse N1 vor der Vollendung*  
Der Viadukt überquert das Saanetal bei Wileroltigen und hat eine Länge von 850 Metern. Total 14 Pfeiler von 50–60 Meter Höhe tragen die Fahrbahn.  
Photo Fritz Lörtscher, Bern

Am Wochenende des 28. Mai 1978 schliesslich kam es zu einer sogar fünffachen Abstimmung. Bei diesem Urnengang wurde die Reduktion einer Bundessubvention auf dem Brot bewilligt, während die anderen vier Vorlagen abgelehnt wurden. Unter den verworfenen figuriert eine Änderung der Bestimmungen über den Schwangerschaftsabbruch, das Hochschulförderungsgesetz, eine Initiative «Zwölf autofreie Sonntage» sowie das Zeitgesetz, welches in Übereinstimmung mit allen Nachbarländern der Schweiz eine um eine Stunde verschobene Sommerzeit hätte ermöglichen sollen.

\* \* \*

Weitere erwähnenswerte Ereignisse in der Berichtsperiode waren das Winzerfest in Vevey, das am 29. Juli 1977 feierlich eröffnet und zu einem unvergesslichen Erlebnis für alle Teilnehmer und Zuschauer wurde, eine schwere Unwetterkatastrophe im Kanton Uri, der Absturz eines Flugzeuges einer schweizerischen Chartergesellschaft

vor der Küste von Funchal (Madeira), ferner die Einführung der Zeitimpulszählung auf Ortsgesprächen durch die PTT, die Übernahme der Firma Bally durch den Bühle-Konzern, nachdem der umstrittene Mehrheitsaktionär Rey sich seines Aktienpakets entledigt hatte, sowie die am 24. Oktober 1977 erfolgte neue Anpassung des Landesindexes der Konsumentenpreise an die veränderten Verhältnisse.

Nach langjährigen Vorarbeiten hat am 23. Februar 1978 die für eine Totalrevision der Bundesverfassung eingesetzte grosse Expertenkommission einen konkreten Vorentwurf zu einer neuen Bundesverfassung veröffentlicht, der bereits zu vehementen Diskussionen Anlass gegeben hat. Der Vorentwurf der Kommission zeichnet sich durch eine klare Sprache und einen streng logischen Aufbau aus; er möchte aber so viele und vor allem so tiefgreifende Änderungen gegenüber der heutigen Verfassungslage bringen, dass trotz einiger unzweifelhafter Vorzüge des Vorhabens die Gegnerschaften zu den einzelnen Neuerungen sich häufen müssen und damit die Chancen, in einem (oder mehreren) Urnengängen zu einem Erfolg zu gelangen, eher gering sein dürften. Eine Schwäche des Vorentwurfs ist, dass eine ganze Anzahl von eindeutigen Volksentscheiden der näheren Vergangenheit nicht zur Kenntnis genommen worden sind.

Eine wichtige Strukturfrage der Eidgenossenschaft, die Gründung eines Kantons Jura und dessen Aufnahme in den Bund, hat einen wichtigen Schritt vorwärts gemacht. Auf Bundesebene ist die von der jurassischen Konstituante ausgearbeitete Verfassung des neuen Kantons sowohl vom Ständerat am 21. Juni 1977 als auch vom Nationalrat am 28. September gewährleistet worden. Allerdings wurde der sogenannte Wiedervereinigungsartikel als unvereinbar mit dem Sinn und Geist der Bundesverfassung betrachtet und gestrichen. Dieser Artikel in der jurassischen Verfassung hätte Ansprüche des neuen Kantons auf beim Kanton Bern verbleibende Gebiete im Südjura in verklausulierter Form geltend gemacht, was den Frieden im Bund stören könnte.

Im vergangenen Jahr ist auch die Schweiz wieder von einigen Erscheinungen im Zusammenhang mit dem internationalen Terrorismus be-

rührt worden. Zwielfichtig war, dass die im Kanton Zürich inhaftierte und ihren Prozess erwartende Terroristin Petra Krause provisorisch an Italien ausgeliefert worden ist. Der Prozess hätte im Herbst 1977 stattfinden sollen, musste aber vertagt werden. Kurz vor Weihnachten kam es an der Grenzübergangsstelle bei Fahy im Pruntrutler Zipfel zu einem Drama. Zwei Autoinsassen, beides Deutsche, schossen anlässlich ihrer Anhaltung an der Grenze durch die Zollbeamten auf diese, flohen hierauf in Richtung Delsberg und wurden dort von der Berner Kantonspolizei verhaftet. Die beiden zur Fahndung ausgeschriebenen, mutmasslichen Terroristen werden für diese Tat trotz eines vorliegenden deutschen Auslieferungsgesuchs in Pruntrut vor Gericht gestellt und abgeurteilt. Im vergangenen Jahr mehrten sich die Anzeichen, dass die Schweiz für die Terroristen als eine Art Drehscheibe gedient hat oder dient. Bundesrat Furgler liess es sich angelegen sein, die Initiative zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen der schweizerischen Polizei und den Polizeiorganisationen des benachbarten Auslandes zu ergreifen und Einzelheiten der Abwehr abzusprechen. In diesem Zusammenhang reiste er im Mai 1978 nach Deutschland, wo er den Justizminister der BRD und Bundeskanzler Schmidt traf.

Es kam in der Berichtsperiode auch zu einigen Staatsbesuchen in der Schweiz. Der Besuch des deutschen Bundespräsidenten Scheel, in dessen Begleitung auch Aussenminister Genscher seine Aufwartung machte, fand am 22. September statt. Dieser Staatsbesuch führte zu ungewöhnlichen Sicherheitsmassnahmen. Erwähnenswert ist auch der erste Schweizer Besuch des griechischen Ministerpräsidenten Karamanlis im Mai 1978.

\* \* \*

Der Blick des Chronisten auf den *Kanton Bern* zeigt im Berichtsjahr einmal mehr das Jura-Problem in seiner weiteren Entwicklung im Zentrum der Aufmerksamkeit. Für Bern ist inzwischen die Amputation der nordjurassischen Amtsbezirke nicht nur eine staatsrechtlich beschlossene



Sache, sondern auch in breiten Kreisen erwünscht. Die Konfrontation mit der jurassischen Separatistenbewegung ist am 7. Juni 1977 dank den Vermittlungsdiensten von Bundespräsident Furgler an einer ersten Einigungskonferenz mit Vertretern der Separatisten und der Berntreuen des Südjura offiziell zu Ende gegangen. Eine sieben Stunden dauernde Aussprache führte zu einer Abmachung, die verfassungsmässige Ordnung allseits zu respektieren und zu weiteren Konferenzen zusammenzukommen. Die bernischen Behörden haben in der Folge aktiv und loyal an allen Bestrebungen mitgewirkt, den neuen Kanton Jura möglichst reibungslos entstehen zu lassen und ihm nicht nur keine Steine in den Weg zu legen, sondern die Gründungs- und Anfangsschwierigkeiten auf allen Gebieten erfolgreich überwinden zu helfen. Die Güterauscheidung zwischen dem Kanton Bern und dem in Gründung befindlichen neuen Kanton Jura ist im Begriff, ausgearbeitet zu werden. Den bernischen Beamten im neuen Kanton soll eine Option gegeben werden, entweder in ein Beamtenverhältnis zum neuen Kanton zu treten oder im Kanton Bern als bernische Beamte eingesetzt zu werden.

Trotz dieser versöhnlichen Entwicklung sind noch nicht alle Schwierigkeiten aus dem Weg geschafft. Die hauptsächlichliche Belastung der Beziehungen zwischen Bern und den Separatisten bildet deren fortgesetzter politischer Anspruch auf den Südjura, der auf Grund des Plebiszits seinen Willen eindeutig zum Ausdruck gebracht hatte, nach der Gründung eines Kantons Jura beim Kanton Bern zu verbleiben. Im Nordjura ist dieser klare Willensentscheid vielfach noch nicht als feststehende politische Tatsache akzeptiert worden. Auch im vergangenen Jahr sind wieder Aktionen zu verzeichnen, die an diesem Stand der Dinge rütteln möchten. Auf der anderen Seite hat sich die entschlossene Abwehr separatistischer Umtriebe in diesem Gebiet noch mehr verstärkt. Ein arger Stein des Anstosses war vor allem die Absicht der jurassischen Konstituante, in der neuen jurassischen Kantonsverfassung einen «Wiedervereinigungsartikel» durchzusetzen, der eindeutig auf eine territoriale Arrondierung des neuen Kantons im Südjura abzielte. Am



*Charles Chaplin gestorben*

Der weltbekannte Filmschauspieler und Regisseur starb im hohen Alter von 89 Jahren in Corsier-sur-Vevey, wo die Familie Chaplin seit vielen Jahren ihren Wohnsitz hat.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

1. Juni 1977 kam es zu einer Manifestation von Tausenden von berntreuen Jurassiern in Moutier gegen diesen umstrittenen Artikel. Auch nachdem das eidgenössische Parlament diesen Artikel aus der jurassischen Kantonsverfassung gestrichen hatte, kehrte diesbezüglich die Versöhnung noch nicht ein. Eine Reihe von separatistischen Aktionen nach dem bekannten Muster der früheren Jahre brachten zum Ausdruck, dass die Agi-

tation der Separatisten, nachdem sie im Nordjura ihr Ziel erreicht hat, nunmehr systematisch auf den Südjura gerichtet werden soll. So wurden am 8. September bernische Grossräte auf einem Sessionsausflug während ihres Mittagessens im Tessin von einer Gruppe von jurassischen Aktivistinnen mit Petarden und Plastikfarbbeuteln beworfen, während drei Tage später am «Fest des jurassischen Volkes» in Delsberg von einigen Separatistenführern harte Kampfparolen ausgegeben wurden. Dies alles lässt erkennen, dass der Ausgang der Jura-Plebiszite von dieser Seite nach wie vor nicht anerkannt wird. Am 24. Januar erfolgte ein Sprengstoffanschlag gegen das Regierungsstatthalteramt in Courtelary, das über eine Million Franken Schaden verursachte. In Moutier war die Lage im ganzen Jahr gespannt. Am 26. Februar kam es dort zum Diebstahl einer Abstimmungsurne. Es wurden im Berichtsjahr auch einige Pamphlete verteilt, die beidseits unter die Gürtellinie zielten.

Unbeeindruckt durch diese Spannungen, erarbeitete der Grosse Rat des Kantons Bern im Berichtsjahr eine Verfassungsgrundlage für den Kanton in seinen neuen Grenzen. Am 26. Februar 1978 wurde die in diesem Sinne revidierte Staatsverfassung des Kantons Bern von den bernischen Stimmbürgern mit grossem Mehr gutgeheissen. Die neue Verfassung stellt die Grundlage dar für die Minderheitenrechte im Berner Jura (Südjura) und im Laufental nach der Abtrennung des Kantons Jura. Am 16. März fand im Südjura erneut eine Loyalitätskundgebung zu Bern statt, die einige Gegendemonstrationen auslöste. Das Gesetz über die Mitwirkungsrechte des Berner Jura und Welschbiels ist vom «Rat der 187» (Grosser Rat ohne die nordjurassischen Mitglieder) ausgearbeitet und am 10. April 1978 mit 147 gegen nur 2 Stimmen angenommen worden. Über das Schicksal des Laufentals ist noch nichts entschieden. Eine Volksabstimmung über die Frage eines Verbleibs beim Kanton Bern oder eines eventuellen Anschlusses an einen anderen Kanton steht bevor.

Im Kantonsgebiet haben sich einige terroristische Anschläge ereignet, unter denen ein Handgranatenanschlag auf das Obergerichtsgebäude in Bern am 13. Januar, ein Brandbombenan-

schlag auf das Haus des neu gewählten Staatsanwalts für den Jura in Moutier fünf Tage später und ein zweifacher Sprengstoffanschlag am 3. April in Pruntrut erwähnenswert ist. Am 3. März ist ausserdem ein Mord bei Pruntrut entdeckt worden: Polizeiwachtmeister Heusler wurde an diesem Tag erschossen aufgefunden. In diesem Zusammenhang ist am 24. April 1978 ein Polizeikollege des Ermordeten in Untersuchungshaft genommen worden. Dieser ist geständig.

Von der politischen Szene im Kanton Bern ist zu melden, dass die FDP eine Volksinitiative für die Abänderung der heute geltenden Wahlkreise für die Grossratswahlen gestartet hat. Die Sozialdemokraten haben bei den Gemeindewahlen in Lyss und in Herzogenbuchsee je einen Sitz in der Exekutive verloren. Erwähnenswert ist, dass am 6. November 1977 Landesring-Stadtrat Max Conrad in Burgdorf überraschend zum neuen Stadtpräsidenten gewählt worden ist. Erziehungsdirektor Simon Kohler (FDP) hat seinen Rücktritt aus dem Berner Regierungsrat genommen; er ist in den Regierungsratswahlen vom 23. April 1978 durch Henri-Louis Favre ersetzt worden. Ein vom Landesring portierter Kampfkandidat blieb erfolglos. In den gleichen Wahlen sind die beiden Sozialdemokraten Henri Sommer und Gotthelf Bürki in den Regierungsrat gewählt worden anstelle der beiden bisherigen Regierungsräte Erwin Schneider und Henri Huber der gleichen Partei. Am gleichen Wochenende fanden auch die Grossratswahlen statt. Deren Resultate brachten einige Verschiebungen. Die Freisinnigen gewannen 3 Sitze und sind im kantonalen Parlament nunmehr mit 40 Sitzen vertreten, während die SVP 4 Sitze (nun 75) und die SP zwei Sitze (nun 57) verloren. Einer Katastrophe kamen die Wahlen gleich für die Nationale Aktion, die von 5 Sitzen deren 4 verloren hat. Einige Splittergruppen machten Gewinne.

Seit dem 12. August 1977 steht in Kandersteg eine direkte Zufahrt zur Verladerampe, was die bisherigen, bemühenden Autoschlängen von wartenden Automobilisten beseitigt hat. Am 7. Dezember wurde das letzte Teilstück der Autobahn vor den Toren Berns in Richtung Freiburg eröffnet. Dadurch ist nunmehr die Autobahn

von Basel und Zürich bis nach Freiburg und die Umfahrung von Bern lückenlos. Mehrere schwere Unwetter haben in der Berichtsperiode den Kanton Bern heimgesucht, so am 17. August 1977 im Thunerseegebiet schwerer Hagel, der die Landwirtschaft schädigte, und einige Wochen zuvor, am 4. Juli, in der Region Bern und im Emmental sintflutartige Regenfälle, die Millionen Schäden stifteten. *Hans Rudolf Böckli*

EMANUEL RIGGENBACH

## Geschosse aus dem Weltraum

So wie uns heute die hin und wieder durch die Presse gehenden Meldungen über Beobachtungen von «Fliegenden Tellern» beunruhigen, so verbreitete früher das Niedergehen von Meteoriten Furcht, ja panischen Schreck. Geschosse aus dem Weltraum, das war bald die Meinung des Volkes über diese Vorkommnisse, und erst viel später schlossen sich auch die Wissenschaftler dieser Ansicht an, als sie die Wirklichkeit von Steinfällen aus der unendlichen Tiefe des Himmelsraumes nicht mehr abstreiten konnten. Mit den zunehmenden Erkenntnissen über die Gesetzmässigkeiten des Kosmos machte man auch die überraschende Entdeckung, dass unsere Erde einem gewaltigen Bombardement von Fremdkörpern aus dem Weltraum Tag und Nacht ausgesetzt ist. Nach eingehenden Beobachtungen und Berechnungen beläuft sich der stündliche Geschosshagel auf 400 000. An einem einzigen Tag sind das rund 10 Millionen kleine und grössere Geschosse, die in die Erdatmosphäre einschlagen. Trotz diesem Regen von Stein und Eisen aus dem Weltraum erleben nur sehr wenig Menschen je das Schauspiel eines Meteoritenniedergangs, und nur selten werden Schäden bekannt, die durch einen solchen entstanden sind.

Das Rätsel der relativen Unschädlichkeit des Meteoritenniedergangs löst sich bei der Betrachtung der Panzerung unserer Erde, die wirkungsvoller wohl kaum gedacht werden könnte. Die über der Erdoberfläche lagernde Luftschicht ist so schwer, dass sie einem 1 ½ m dicken Stahlmantel entspricht.

Die mit einer Geschwindigkeit von 60 000 bis 200 000 m in der Sekunde in unsere Atmosphäre eintretenden Fremdkörper, die allermeist nur ein ganz geringes Gewicht haben, erhitzen sich von Eiseskälte in wenigen Augenblicken auf einige tausend Grad. In diesem glühenden Zustand können wir ihre helleuchtende Bahn am Himmel als sogenannte Sternschnuppen beobachten.



*Neuer Brunnen in Thun*

Bei der Entenegg am Aarequai steht dieser neue Brunnen, geschaffen von Bildhauer Heinz Schwarz (Genf).  
Photo Hansueli Trachsel, Bern